

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz

Bilanz zum 31. Dezember 2019

AKTIVSEITE

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	52.997,00	41.502,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	19.154.076,80	19.685.746,40
2. Technische Anlagen und Maschinen	513.453,00	543.409,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	986.660,11	1.028.684,99
	<u>20.654.189,91</u>	<u>21.257.840,39</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
2. Beteiligungen	1,00	1,00
3. Genossenschaftsanteile	1,00	1,00
	<u>25.002,00</u>	<u>25.002,00</u>
	20.732.188,91	21.324.344,39
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	63.445,64	69.164,70
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	2.958,00	10.148,00
	<u>66.403,64</u>	<u>79.312,70</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.550.463,11	1.409.239,65
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	181.417,34	96.377,93
3. Sonstige Vermögensgegenstände	87.453,78	151.093,70
	<u>1.819.334,23</u>	<u>1.656.711,28</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>1.625.933,74</u>	<u>1.497.234,86</u>
	3.511.671,61	3.233.258,84
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.057,59	2.804,16
	<u>24.246.918,11</u>	<u>24.560.407,39</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2019	31.12.2018
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	7.866.567,79	7.866.567,79
III. Gewinnvortrag	311.824,86	0,00
IV. Jahresüberschuss	380.154,95	311.824,86
	<u>9.558.547,60</u>	<u>9.178.392,65</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.486.207,00	8.714.264,00
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	510.500,00	515.000,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.841.409,54	5.171.934,71
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	260.110,70	280.409,99
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	29.106,84
4. Sonstige Verbindlichkeiten	581.944,76	661.680,64
davon Steuern € 121.727,79		(120.844,63)
	<u>5.683.465,00</u>	<u>6.143.132,18</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.198,51	9.618,56

24.246.918,11 24.560.407,39

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

	2 0 1 9		2018
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	23.071.797,92		22.321.809,59
2. Erhöhung oder Verminderung (–) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	– 7.190,00		– 1.220,44
3. Sonstige betriebliche Erträge	999.929,05		1.106.865,78
		24.064.536,97	23.427.454,93
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	447.296,19		483.088,17
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	162.451,67		147.097,27
		609.747,86	630.185,44
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	10.833.217,00		10.355.958,67
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 799.028,14	6.830.721,65		6.556.611,87 (764.646,14)
		17.663.938,65	16.912.570,54
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	898.479,18		1.212.939,33
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.438.528,03		4.206.859,99
		5.337.007,21	5.419.799,32
		23.610.693,72	22.962.555,30
Zwischenergebnis		453.843,25	464.899,63
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		851,46	1.260,69
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		111.449,87	119.269,89
10. Aufwand aus der Verlustübernahme		0,00	29.106,84
11. Erträge aus Gewinnabführung		43.317,55	0,00
12. Sonstige Steuern		6.407,44	5.958,73
13. Jahresüberschuss		380.154,95	311.824,86

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

Inhaltsverzeichnis des Anhangs

	<u>Seite</u>
A. Allgemeine Angaben	1
B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	2
C. Erläuterungen zur Bilanz	3
D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	4
E. Anteilsbesitz, Zusammensetzung der Organe und Aufwendungen für Organe	5
F. Sonstige Angaben	6

A. Allgemeine Angaben

Die in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration (im Folgenden auch Gesellschaft genannt) mit Sitz in Mainz, ist unter der Nummer HRB 0415 in das Handelsregister des Amtsgerichts Mainz eingetragen.

Gemäß § 21 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags i. V. m. § 22 Abs. 1 EigAnVo Rheinland-Pfalz erfolgt die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches gemäß den §§ 242 ff. und §§ 264 ff. sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt und gegliedert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Erweiterung um die Posten „10. Aufwand aus Verlustübernahme“ und „11. Ertrag aus Gewinnabführung“.

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB und als gemeinnützige Körperschaft von den Ertragsteuern befreit.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte werden linear über eine Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben.

Der Ansatz des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten. Anschaffungskostenminderungen werden abgesetzt. Es kommt ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei Gebäuden beläuft sich auf 50 Jahre.

Technische Anlagen und Maschinen werden über eine Nutzungsdauer zwischen vier und 16 Jahren abgeschrieben.

Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Betriebs- und Geschäftsausstattung liegt zwischen zwei und 15 Jahre.

Erhaltene Zuwendungen für Investitionen werden auf der Passivseite der Bilanz als Sonderposten entsprechend der Stellungnahme IDW HFA 1/1984 i. d. F. von 1990 ausgewiesen, soweit diese Zuschüsse für Anlagevermögen der Errichtung und Ausstattung eingesetzt wurden. Die Sonderposten werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Die Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen / der Beteiligungen / der Genossenschaftsanteile wird regelmäßig anhand geeigneter Bewertungsverfahren geprüft. Wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen, werden niedrigere Werte angesetzt.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgt unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten. Die fertigen Erzeugnisse sind zu Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet..

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit dem Nominalbetrag bewertet. Wertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden. Uneinbringliche Posten sind vollständig ausgebucht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag bilanziert.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle bekannten Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgte zu dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die Verbindlichkeiten sind jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagespiegel als Bestandteil des Anhangs. Er ist als Anlage zum Anhang beigefügt.

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von T€ 777 (VJ T€ 584) ausgewiesen.

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen von T€ 4 (VJ T€ 11) ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen die laufende Verrechnung, den Liefer- und Leistungsverkehr und die Gewinnabführung.

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 19. Juni 2019 ist der Abschluss des Geschäftsjahrs 2018 festgestellt worden. Der Jahresüberschuss von € 311.824,86 ist auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

	<u>Stand am</u> <u>01.01.2019</u>	<u>Inanspruch-</u> <u>nahmen</u>	<u>Auflösungen</u>	<u>Zuführungen</u>	<u>Stand am</u> <u>31.12.2019</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Personalverpflichtungen	450	388	2	425	485
übrige ungewisse Verpflichtungen	<u>65</u>	<u>64</u>	<u>1</u>	<u>26</u>	<u>26</u>
	<u>515</u>	<u>452</u>	<u>3</u>	<u>451</u>	<u>511</u>

Die Verbindlichkeiten weisen zum 31. Dezember 2019 folgende Restlaufzeiten auf:

	Restlaufzeiten			
	Gesamt	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	4.841 (5.172)	341 (331)	1.307 (1.346)	3.193 (3.495)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	260 (280)	260 (280)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen (Vorjahr)	0 (29)	0 (29)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	582 (662)	438 (419)	144 (243)	0 (0)
	5.683 (6.143)	1.039 (1.059)	1.451 (1.589)	3.193 (3.495)

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben T€ 4.500 (VJ T€ 4.841) und von den Sonstigen Verbindlichkeiten T€ 144 (VJ T€ 243) eine Laufzeit über einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch Grundschulden gesichert.

Unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter in Höhe von T€ 3 (VJ T€ 4) und bei sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 16 (VJ T€ 25) ausgewiesen.

Unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen von T€ 8 (VJ T€ 8) ausgewiesen.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse sind ausschließlich in Inland erzielt worden und betreffen Erlöse des Werkstattbereichs, Erlöse aus ambulantem Wohnen und den Betrieb von Kindertagesstätten.

Periodenfremde Erträge sind im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 210 (VJ T€ 248) angefallen. Sie betreffen mit T€ 146 (VJ T€ 129) die Umsatzerlöse sowie mit T€ 64 (VJ T€ 119) die sonstigen betrieblichen Erträge und resultieren überwiegend aus Abrechnungskorrekturen.

Die periodenfremden Aufwendungen belaufen sich im Geschäftsjahr auf T€ 18 (VJ T€ 50) und betreffen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die Erträge aus Gewinnabführung resultiert aus der Übernahme des Jahresergebnisses 2019 der mittendr.in gGmbH.

E. Anteilsbesitz, Zusammensetzung der Organe und Aufwendungen für Organe

Der Anteilsbesitz stellt sich im Geschäftsjahr 2019 wie folgt dar:

	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadt Mainz	328	32,8
Lebenshilfe für geistig Behinderte eV Orts- und Kreisvereinigung Mainz – Bingen, Mainz	262	26,2
Landkreis Mainz - Bingen, Ingelheim	164	16,4
Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mainz eV, Mainz	123	12,3
Förderverein für Blinde eV Mainz, Mainz	123	12,3
	<u>1.000</u>	<u>100,0</u>

Dem Aufsichtsrat gehörten 2019 an:

Dr. Eckart Lensch	Sozialdezernent Vorsitzender	Stadt Mainz
Michael Hartwig	Bankkaufmann stellv. Vorsitzender	Lebenshilfe für geistig Behinderte eV, Orts- und Kreisvereinigung, Mainz – Bingen
Dieter Herrmann	Dipl. Verwaltungswirt Schriftführer	Förderverein für Blinde eV, Mainz
Claudia Siebner	Politwissenschaftlerin	Stadt Mainz
Klaus Trautmann	Rentner	Stadt Mainz (bis 27.08. 2019)
Marita Boos-Waldosch	Rentnerin	Stadt Mainz (ab 28.08.2019)
Myriam Lautzi	Angestellte	Stadt Mainz (ab 28.08.2019)
Ruth Jaensch	Heilpädagogin	Stadt Mainz (bis 27.08. 2019)
Ursula Hartmann-Graham	Zweite Kreisbeigeordnete	Landkreis Mainz – Bingen
Thomas Barth	Landtagsabgeordneter	Landkreis Mainz – Bingen
David Dietz	Geschäftsführer	Lebenshilfe für geistig Behinderte eV, Orts- und Kreisvereinigung, Mainz – Bingen
Alexander Rudolf Theodor von Groß	Maschinenbauingenieur	Lebenshilfe für geistig Behinderte eV, Orts- und Kreisvereinigung, Mainz – Bingen (ab 26.11.2019)
Moritz Mergen	PR-Berater	Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V., Orts- und Kreisvereinigung, Mainz – Bingen (bis 25.11. 2019)
Kerstin Pane	Verwaltungsfachwirt	Förderverein für Blinde eV, Mainz
Dr. Margret Pohl	Kinder- und Jugendärztin	Verein für Körper- und Mehrfach- behinderte Mainz eV, Mainz
Sven Engel	Dipl.-Betriebswirt (FH)	Verein für Körper- und Mehrfach- behinderte Mainz eV, Mainz

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2019 keine Bezüge erhalten.

Zum alleinigen Geschäftsführer ist im Geschäftsjahr 2019 Herr Michael Huber, Mehlingen, bestellt.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesellschaft ist mit 100 % an der mittendr.in gGmbH, Mainz, beteiligt. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von T€ 0 und weist ein Eigenkapital zum 31. Dezember 2019 von T€ 25 aus.

F. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestehen im geschäftsüblichen Umfang im Rahmen der Anmietung von Wohnungen im Bereich Ambulantes Wohnen und im Bestellobligo. Die Aufwendungen belaufen sich auf jährlich T€ 274.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 247 Arbeitnehmer beschäftigt. Zusätzlich wurden 531 Menschen mit Behinderung im Arbeitsbereich und 43 Menschen mit Behinderung in der Berufsbildung beschäftigt. Die Menschen mit Behinderung im Arbeitsbereich erhalten für ihre Tätigkeit Arbeitsentgelte gemäß § 219 SGB IX.

Ambulantes Wohnen	43
Arbeit	135
Führungskräfte	11
Kita	30
Personal- & Gebäudemanagement	19
Verwaltung	9
Gesamt in.betrieb	<u>247</u>

Zwischen dem Bilanzstichtag (31. Dezember 2019) und der Aufstellung des Jahresabschlusses (3. Juli 2020) sind keine Sachverhalte eingetreten, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zum 31. Dezember 2019 von Bedeutung sind. Die Auswirkungen aus der Corona-Pandemie auf den folgenden Abschluss sind derzeit im Einzelnen noch nicht abschätzbar. Wir verweisen auch auf unsere Erläuterungen im Lagebericht.

Der Aufsichtsrat schlägt der Gesellschafterversammlung vor, unter Berücksichtigung der Übernahme des Gewinns der mittendr.in gGmbH, den Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2019 von € 380.154,95 zusammen mit dem Gewinnvortrag aus Vorjahren von € 311.824,86 auf neue Rechnung vorzutragen.

Im Kalenderjahr 2019 wurden Honorare für Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von T€ 18 (VJ T€ 24) als Aufwand erfasst.

Mainz, den 3. Juli 2020

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration



Michael Huber
(Geschäftsführer)

in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz

Anlagespiegel zum 31. Dezember 2019

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand am 01.01.2019 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	Stand am 31.12.2019 €	Stand am 01.01.2019 €	Zugänge €	Abgänge €	Stand 31.12.2019 €	Stand 31.12.2018 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	337.361,32	37.446,87	0,00	3.931,13	370.877,06	295.859,32	25.949,87	3.929,13	52.997,00	41.502,00
	337.361,32	37.446,87	0,00	3.931,13	370.877,06	295.859,32	25.949,87	3.929,13	52.997,00	41.502,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.525.215,76	0,00	0,00	0,00	28.525.215,76	8.839.469,36	531.669,60	0,00	19.154.076,80	19.685.746,40
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.608.230,70	41.373,48	0,00	26.201,34	1.623.402,84	1.064.821,70	71.326,48	26.198,34	513.453,00	543.409,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.605.556,09	231.147,37	0,00	205.762,79	4.630.940,67	3.576.871,10	289.533,23	202.123,77	986.860,11	1.028.684,99
	34.739.002,55	272.520,85	0,00	231.964,13	34.779.559,27	13.481.162,16	872.529,31	228.322,11	20.654.189,91	21.257.840,39
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundene Unternehmen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00
2. Beteiligungen	12.526,65	0,00	0,00	0,00	12.526,65	12.525,65	0,00	0,00	1,00	1,00
3. Genossenschaftsanteile	12.740,00	0,00	0,00	0,00	12.740,00	12.739,00	0,00	0,00	1,00	1,00
	50.266,65	0,00	0,00	0,00	50.266,65	25.264,65	0,00	0,00	25.002,00	25.002,00
	35.126.630,52	309.967,72	0,00	235.895,26	35.200.702,98	13.802.286,13	898.479,18	232.251,24	20.732.188,91	21.324.344,39

1. Grundlagen der in.betrieb

1.1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft betreibt Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe.

An zwei Standorten bestehen Werkstätten für behinderte Menschen mit insgesamt 582 genehmigten Plätzen. An beiden Standorten werden ebenfalls zwei integrative Kindertagesstätten mit insgesamt 120 Plätzen betrieben. Im Ambulanten Wohnen erfolgen derzeit 160 Betreuungen.

1.2 Ziele und Strategie

Die in.betrieb gGmbH ist gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft mittendr.in gGmbH der größte Anbieter von Leistungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Die Unternehmensstrategie unterliegt der Vision, dass die marktorientierte Entwicklung neuer und der Erhalt bestehender Angebote die Ausrichtung als Sozialunternehmen sichert, die Marktposition stärkt und dem Inklusionsgedanken entspricht. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die seitens der Geschäftsführung erarbeitete und vorgelegte Strategie des Unternehmens im Kontext der anstehenden Neubau- und Dezentralisierungsentwicklung der Werkstatt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und rechtliche Entwicklungen

Auf Basis des Ende 2018 abgeschlossenen Rahmenvertrages nach § 131 SGB IX sollte im Jahr 2019 für die Teilhabe am Arbeitsleben die Neuverhandlung der Vergütungssätze sowie der Abschluss einer Leistungsvereinbarung erfolgen. Fristgerecht wurde seitens in.betrieb im Juni 2019 hierzu die Vergütungskalkulation eingereicht. Eine Neuverhandlung der Vergütungssätze und auch der Abschluss der Leistungsvereinbarung erfolgte in 2019, wie ursprünglich zwischen den Vertragspartnern vereinbart, nicht. Auch zum Erstellungsdatum ist diese Verhandlung noch nicht erfolgt. Dies hat zur Folge, dass die Wirtschaftsplanung 2020 für in.betrieb nur vorläufigen Charakter hat.

Für die Soziale Teilhabe, die gemäß den Regelungen des Landesrahmenvertrages eigentlich der gleichen Zeitschiene unterliegt, wurde die erwartete Umsetzungsvereinbarung mit einer Laufzeit von 3 Jahren (somit bis Ende 2022) abgeschlossen, welche eine jährliche pauschale Anhebung der Vergütungssätze und Fachleistungsstunden beinhaltet.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2019 hat sich entgegen der ursprünglichen negativen Jahresplanung wie schon im Vorjahr besser entwickelt und schließt erneut mit einem deutlich positiven Jahresergebnis ab. In der Planung 2019 mussten wir von einem Defizit von ca. T€ 422 ausgehen, was sich in der Jahresentwicklung komplett gedreht und sehr positiv verändert hat.

So war in der Werkstatt eine Belegungssteigerung im Berufsbildungsbereich und damit verbunden eine deutliche überplanmäßige Steigerung der Erträge zu verzeichnen. Ebenso ist im Jahr 2019 erneut eine Steigerung der Leistungserlöse aus Zweckbetrieb zu spüren gewesen, was unser Bestreben nach einer kontinuierlichen Verbesserung der Auftrags- und Auslastungslage im Produktionsbereich widerspiegelt. Bemerkenswert ist die Verbesserung des Gesamtergebnisses in der Werkstatt deshalb, weil es im Jahr 2019 zu keiner Anpassung der Vergütungssätze im Arbeitsbereich kam (hier war für das Jahr 2018 eine Anpassung mit zweijähriger Laufzeit erfolgt).

Auch kontinuierlich in der positiven Entwicklung sind die Erträge, damit verbunden die Anzahl der Betreuungsverträge, im ehemals Ambulanten Wohnen. Da im Jahr 2019 weitere 5 Kitaplätze in integrative Plätze umgewandelt werden konnten, ist auch hier eine Ertragssteigerung zu verzeichnen.

Im Aufwand sind infolge des Ausbaus der Angebote und hiermit der Schaffung von Personalstellen Personalkostensteigerungen zu verzeichnen sowie ein leichter Anstieg der Personalrückstellungen.

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019



Lage der in.betrieb

2.2.1 Ertragslage

	2019		2018		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	22.926	97,1	22.193	97,7	733	3,3
Bestandsveränderungen	-7	0	-1	0	-6	> 100,0
Sonstige betriebliche Erträge	686	2,9	511	2,3	175	34,2
Betriebliche Erträge	23.605	100	22.703	100	902	4,0
Personalaufwand	17.664	74,8	16.913	74,5	751	4,4
Materialaufwand	610	2,6	630	2,8	-20	-3,2
Planmäßige Abschreibungen auf nicht geförderte Anlagen	659	2,8	658	2,9	0	0,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschließlich sonstiger Steuern)	4.424	18,7	4.161	18,3	263	6,3
Betriebliche Aufwendungen	23.357	98,9	22.362	98,5	994	4,4
Betriebsergebnis	248	1,1	341	1,5	-92	-27,1
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	-111		-118		7	
Neutrales Ergebnis	243		89		154	
Jahresergebnis	380		312		69	

	2019	2018	Veränderung
	T€	T€	T€
<u>Erlöse des Werkstattbetriebs inkl. Berufsbildung</u>			
Aus Pflegesätzen	10.634	10.529	105
Erstattungen Sozialversicherungen	3.786	3.713	73
Leistungserlöse	3.900	3.711	189
	18.320	17.953	367
Erlöse aus Ambulanten Wohnen	2.256	2.049	207
Erlöse aus Kindertagesstätten	1.716	1.563	153
Leistungsverrechnung mit mittendr.in gGmbH, Mainz	332	321	11
Miete und Pacht	217	220	-3
Übrige	85	87	-2
	22.926	22.193	733

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019



Im Berichtszeitraum sind die abrechenbaren Belegungstage im Arbeitsbereich gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben, die Belegungstage im Berufsbildungsbereich erneut leicht gestiegen. Auch wenn in Summe die Belegungstage gestiegen sind, wollen wir keine Trends erkennen, weder nach unten noch nach oben. Die Belegungsentwicklung im Berufsbildungsbereich ist im Wesentlichen von den Abgangszahlen der Schulen beeinflusst; im Arbeitsbereich sind aus demografischen Entwicklungen heraus verstärkt Abgänge in die Altersrente zu verzeichnen. Unsere letztjährige Prognose, dass es in 2019 keinen Rückgang der Belegung gibt, ist daher eingetroffen. Grundsätzlich führen wir unseren Erhalt der Werkstattbelegung auf unsere bestehenden und sich kontinuierlich weiter entwickelnden Qualifizierungsangebote sowie andere Rahmenbedingungen (arbeitsbegleitende Angebote und attraktive Arbeitsbereiche) zurück.

Parallel zu dieser Entwicklung konnten wir im Berichtszeitraum einen moderaten Anstieg der Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb verzeichnen. Ganzjährige Auslastung in allen Arbeitsbereichen einerseits und eine verbesserte Preisentwicklung andererseits gehen kontinuierlich einher mit einer regelmäßig stattfindenden Verbesserung von Produktionsprozessen. Hervorzuheben ist der Ausbau in Menge und Umsatz mit unserem größten wirtschaftlichen Kunden, den wir auch in ein längerfristiges Vertragsverhältnis überführen konnten. Bis zu dem im März 2020 verfügten Betretungsverbot und allen Folgeerscheinungen der Covid 19-Pandemie durften wir in 2020 von einem weiter steigenden Umsatzzuwachs ausgehen.

Die integrativen Plätze in beiden Kindertagesstätten wurden aufgrund der Bedarfslage in der Region um 5 Plätze auf nunmehr 20 I-Plätze (von insgesamt 120 Kita-Plätzen) ausgebaut, was einen gestiegenen Ertrag aus Vergütungssätzen mit sich brachte.

Im Ambulanten Wohnen setzt sich der seit vielen Jahren anhaltende positive Trend fort. Nicht nur eine Anpassung der Fachleistungssunde ist gelungen; vielmehr bestehen mittlerweile 160 Betreuungsverhältnisse. Damit ist der Bereich der größte Anbieter von ambulanten Wohnangeboten in der Region. Wir führen diese Entwicklung auf gute begleitende Konzeptionen zurück wie auch auf die begleitende Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten, welche in der Regel von in.betrieb angemietet und an Bewohner*innen untervermietet werden.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Grund war zum einen eine zum April 2019 umzusetzende deutliche Tarifsteigerung von 3,09 %; zum anderen wurden zusätzliche Stellen geschaffen.

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019



2.2.2 Finanzlage

Die Liquiditätslage weist zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres eine Überdeckung von T€ 2.020 aus. Das kurzfristig realisierbare Schuldendeckungspotential deckt demnach in vollem Umfang das kurzfristige Fremdkapital.

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Liquiditätsgrad I in %	109,0	98,4	74,6	88,2	70,2
Liquiditätsgrad II in %	231,0	207,2	196,8	167,3	129,6
Liquiditätsgrad III in %	235,4	212,4	202,3	172,6	134,3

	2019	2018
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	920	1.309
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 302	- 519
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 489	- 417
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	129	373
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>1.497</u>	<u>1.124</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.626	1.497

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019



2.3.3 Vermögenslage

Vermögensstruktur	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<u>Langfristige Aktiva</u>					
Anlagevermögen	20.732	85,5	21.324	86,8	-592
<u>Kurzfristige Aktiva</u>					
Vorräte	66	0,3	79	0,3	-13
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.551	6,4	1.410	5,8	141
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	181	0,7	96	0,4	85
Sonstige Vermögensgegenstände	88	0,4	151	0,6	-63
Liquide Mittel	1.626	6,7	1.497	6,1	129
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,0	3	0,0	0
	3.515	14,5	3.236	13,2	279
	24.247	100,0	24.560	100,0	-313
Kapitalstruktur					
	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
<u>Eigenkapital</u>	9.559	39,4	9.179	37,4	380
<u>Sonderposten</u>	8.486	35,0	8.714	35,5	-228
	18.045	74,4	17.893	72,9	152
<u>Langfristige sonstige Passiva</u>					
Rückstellungen	66	0,3	61	0,2	5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.500	18,6	4.841	19,7	-341
Sonstige Verbindlichkeiten	144	0,6	243	1,0	-99
	4.710	19,5	5.145	20,9	-435
	22.755	93,9	23.038	93,8	-283
<u>Kurzfristige Passiva</u>					
Rückstellungen	445	1,8	454	1,9	-9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	260	1,1	280	1,1	-20
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	341	1,4	331	1,4	10
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	-	0,0	29	0,1	-29
Sonstige Verbindlichkeiten	438	1,8	418	1,7	20
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0,0	10	0,0	-2
	1.492	6,1	1.522	6,2	-30
	24.247	100,0	24.560	100,0	-313

Lagebericht für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019



Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Ausschlaggebend war hier eine gesteuerte Investitionsumsetzung.

Die Eigenkapitalquote ist auf 39,4 % gestiegen.

2.3.4 Gesamtaussage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist als gut zu beurteilen.

3. Prognosebericht

Grundsätzlich:

In der Werkstatt wird es unserer Einschätzung nach in den kommenden Jahren zu keinen nennenswerten Belegungsentwicklungen kommen; weiterhin gehen wir trotz altersbedingt steigenden Abgangszahlen von einer gleichbleibenden Zahl an Aufnahmen und Abgängen aus.

Im Ambulanten Wohnen gehen wir, wie dies auch Trend der letzten Jahre war, auch in den kommenden Jahren von einer moderaten, aber kontinuierlichen Steigerung der Betreuungsverhältnisse und Erträge aus Fachleistungsstunden aus.

In Bereich der Kindertagesstätten wird es im Jahr 2021 fraglos auch finanzielle Auswirkungen geben, wenn die Bestimmungen des Kita-Zukunftsgesetzes wirksam und spürbar werden. Einher gehen wird damit das Bestreben, mit den Kommunen eine Übernahme oder Beteiligung an den Sach- und Betriebskosten; ggfs. auch des Eigenanteils der Personalkosten, zu erzielen.

Das relativ neue Angebot zeit.raum (Tagesstruktur für Rentner*innen mit geistiger Behinderung) soll ausgebaut werden und hierbei auch Abgänger*innen aus der Werkstatt in die Altersrente ansprechen.

Die vorläufige Wirtschaftsplanung 2020 geht von einem Defizit in Höhe von ca. T€ 508 aus. Diese Planzahl und auch die Vorläufigkeit ist darin begründet, dass bislang noch keine Verhandlung der Vergütungssätze im Arbeitsbereich der Werkstatt erfolgt ist; obwohl dies hätte schon im Jahr 2019 erfolgen sollen und wir unsererseits unsere Vergütungskalkulation fristgerecht im Juni 2019 eingereicht haben. Aufgrund eines Beschlusses des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung erfolgte in Erwartung der in diesem Jahr erfolgenden Verhandlung und der Erhöhung der Vergütungssätze die Wirtschaftsplanung 2020 vorläufig.

Prognose aufgrund der Covid 19-Pandemie:

Zum Berichtszeitraum sind die Entwicklungen durch die Covid 19-Pandemie noch nicht abzusehen. Bislang ist es gelungen, alle Vergütungssätze und Fachleistungsstunden in allen Geschäftsbereichen weitervergütet zu erhalten, unabhängig von Belegung bzw. Anwesenheit. Ob sich dies in den nächsten Monaten so fortsetzt ist unklar, da hierzu immer Verhandlungen zwischen Land und dem Vertragspartner LIGA erforderlich sind. Aufgrund der Sachlage wurde bislang kein Antrag nach dem SodEG (Sozialdienstleister-Einsatzgesetz) gestellt.

Seit Verhängung des Betretungsverbots in Werkstätten Mitte März ist der Produktionsumsatz zwangsläufig deutlich reduziert; auch die Wiedereröffnung der Werkstätten ab Anfang Mai bzw. planmäßig in größerem Umfang ab Juli hat bzw. wird diesen Umsatzverlust nicht auffangen. Zwar ist es gelungen durch Einsparungen bei Materialkosten und auch von einer verlangsamten Einstellungsfrequenz im Personalbereich diese Verluste auszugleichen. Es steht jedoch zu befürchten, dass sich der Umsatzverlust auf das Arbeitsergebnis und damit die Auszahlungsquote 2020 auswirken wird. Eine Anpassung der Werkstattlöhne haben wir dennoch bislang nicht vorgenommen, da wir über eine komplett gefüllte Ertragsschwankungsrücklage verfügen.

Keine weitere negative Entwicklung durch Covid 19 vorausgesetzt gehen wir davon aus, dass sich in den kommenden Monaten die Belegungs- und wirtschaftliche Lage in allen Geschäftsbereichen wieder normalisiert, was jedoch einen hohen und langwährenden Steuerungsaufwand bedeutet.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1 Gesamtwirtschaftliche Chancen und Risiken

Außerhalb der schon dargestellten Risiken durch Covid 19 sind kurzfristige konjunkturelle Risiken aufgrund der rein inländischen Aktivität in der Eingliederungs- und der Kinder- und Jugendhilfe nicht zu erwarten.

4.2 Branchenspezifische Chancen und Risiken

Es steht nun konkret zu erwarten, dass in den kommenden 3 Monaten die bereits für 2019 vorgesehenen Verhandlungen von Leistung und Vergütung des Arbeitsbereiches der Werkstatt stattfinden. Dieses Ergebnis wird dann rückwirkenden Charakter haben und zum 01.01.2020 wirken. Aufgrund der Tatsache, dass erste Werkstätten ihre Verhandlungen bereits erfolgreich abgeschlossen haben gehen wir davon aus, dass auch wir hier die erforderlichen Steigerungen des Vergütungssatzes erzielen können. Dies würde eine deutliche Verbesserung der Ertragslage der Werkstatt und damit des Gesamtunternehmens bedeuten.

Die in der Sozialen Teilhabe während der Übergangszeit bis Ende 2022 vereinbarte pauschale Anhebung der Entgelte kompensiert zumindest im Wesentlichen die Steigerung des Aufwands dort. Ab dem Jahr 2023 steht auch für diese Angebote auf Basis des Landesrahmenvertrages die Neuverhandlung der Vergütungssätze bzw. Fachleistungen an.

Auswirkungen des Kita-Zukunftsgesetzes werden erst im kommenden Jahr zu spüren sein; diese werden sowohl in qualitativer wie auch finanzieller Hinsicht erwartet.

Seitens der Geschäftsführung wird diese absehbare Entwicklung allen gegenwärtigen finanziellen Belastungssituationen zum Trotz positiv gesehen

Einrichtungsspezifische Chancen und Risiken

Vor wenigen Wochen wurde das Bauvorhaben „Neubau Werkstatt und Tagesförderstätte in Ingelheim“ begonnen. Im Anschluss soll der Neubau der Werkstatt in Mainz erfolgen, was in Summe das größte Bauprojekt der Unternehmensgeschichte sein wird und gleichzeitig in großer Schritt in dezentralere Strukturen. Dem Baubeginn in Ingelheim ging eine mehrjährige und anspruchsvolle Verhandlung der finanziellen und rechtlichen Rahmen für dieses Investorenmodell voraus, die letztlich erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Die Fertigstellung wird für Ende 2021 prognostiziert. Nunmehr beginnt die Verhandlung der Neubausituation Mainz, welche nicht weniger komplex zu werden scheint.

Einher mit diesen Entwicklungen geht eine Vielzahl von Überlegungen zur Schaffung von weiteren Angeboten. Die Eröffnung eines Büros für das ehemals Ambulante Wohnen in Ingelheim mit Förderunterstützung der Aktion Mensch ist hier nur ein erstes gelungenes Beispiel.

Da auch in der Organisation selbst derzeit ein Veränderungsprozess in der Unternehmensstruktur und den Geschäftsbereichen stattfindet, welcher diese Entwicklungen frühzeitig aufgreift, fühlen wir uns perspektivisch sehr gut gerüstet.

4.3 Gesamtaussage

Losgelöst von den Entwicklungen bedingt durch Covid 19 kommt die Geschäftsführung nach Überprüfung der Risikolage zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdenden Risiken vorliegen.

Mainz, den 3. Juli 2020



Michael Huber
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der in.betrieb gGmbH Gesellschaft für Teilhabe und Integration, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zu Grunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zu Grunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zu Grunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Darmstadt, am 3. Juli 2020

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Darmstadt

Stahl
Wirtschaftsprüfer

Blum
Wirtschaftsprüferin